



Tagesordnung I Punkt 4 der öffentlichen Sitzung am 15. Mai 2013

Vorlagen-Nr. 13-F-03-0053

Pensionsrücklagen in LHW

-Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 02. Mai 2013-

Der Presse der vergangenen Wochen (z.B. FAZ 4.2.2013) war zu entnehmen, dass die Rückstellungen des Landes Hessen und auch der hessischen Kommunen für Pensionen und Beihilfen seiner Beamten nicht ausreichen würden, um den tatsächlichen Verpflichtungen zu genügen.

Laut aktuellem Haushaltsplan betragen diese Rückstellungen zum Ende des Jahres 2012 409.888 Mio. €. Für die Finanzplanungsjahre 2014 und 2015 sollen die Rückstellungen mit jeweils + 1,0 % Steigerung fortgeschrieben werden. Ein Teil der Absicherung erfolgt über das hessische Versorgungsrücklagengesetz.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

1. In welcher Höhe stehen den o.g. Rückstellungen tatsächliche Forderungen gegenüber Pensionskassen, Rentenpapieren, Versorgungsrücklage des Landes Hessen etc. gegenüber?
2. Welche weitere Maßnahmen als den Rückstellungen im Haushalt sieht der Magistrat als geeignet an, kommende Zahlungsverpflichtungen nicht allein aus dem laufenden Haushalt decken zu müssen?

Beschluss Nr. 0144

Der Antrag ist durch die Aussprache erledigt.
(

Herrn Stadtverordnetenvorsteher
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .05.2013

Horschler
Vorsitzender

Der Stadtverordnetenvorsteher

Wiesbaden, .05.2013

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Nickel
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .05.2013

Dezernat III
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Dr. Müller
Oberbürgermeister